

## Integration. Migration. Irritation?

### INHALT

Zusammen hält besser	2
„Misslungene Integration – ein Problem der sozialen Herkunft“	3
Muhterem Aras: „Migration ist für mich ein wichtiges Thema.“	
Helin Aras: „Für mich nicht.“	4
Parallelgesellschaften als Problem	6
Integration durch gute Bildungsorte	7
Der Integrationsarbeit eine Stimme geben	8

# Zusammen hält besser

**Mehr als ein Viertel der Baden-WürttembergerInnen haben ihre Wurzeln in anderen Kulturkreisen. Doch was bedeutet das für unser Zusammenleben im Südwesten Deutschlands? An welchen Stellschrauben muss und kann Politik ansetzen, um Chancengerechtigkeit herzustellen?**

Baden-Württemberg ist im Oktober noch einmal grüner geworden. Mit seiner Wahl zum ersten Grünen Oberbürgermeister in einer Landeshauptstadt hat Fritz Kuhn gezeigt, dass die Menschen in unserem Bundesland Vertrauen in die Gestaltungskraft unserer Politik haben. Mit gewissem Stolz können wir feststellen, dass sich die politische Landschaft in Baden-Württemberg nachhaltig verändert hat. Die Menschen setzen auf unsere Politik der Ehrlichkeit, für die insbesondere Ministerpräsident Winfried Kretschmann und auch der designierte Stuttgarter OB stehen.

## Wir gehen neue Wege

Bei der Bundestagswahl im nächsten Herbst wollen wir nun zeigen: Grün setzt sich durch. Im ganzen Land ist möglich, was wir in Baden-Württemberg geschafft haben: Ein politischer Wechsel mit starken Grünen. Dass wir dabei auch ungewöhnliche und neue Wege gehen, haben wir mit der Urwahl unseres SpitzenkandidatInnen-Duo gezeigt. Über 30.000 unserer Mitglieder entschieden sich dabei zwischen 15 verschiedenen KandidatInnen. Das Ergebnis dieser basisdemokratischen Entscheidung hat uns ein Duo aus Erfah-



von Thekla Walker und Chris Kühn,  
Landesvorsitzende

rung und Neuerung gebracht. Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin stehen für die ganze Breite unserer Partei.

Politische PionierInnen waren wir auch bei der Bildung des ersten wirklichen Integrationsministeriums im Land. Wir sind überzeugt, dass es sich eine alternde Gesellschaft nicht leisten kann, die Potenziale und Kompetenzen von MigrantInnen länger zu ignorieren und ungenutzt zu lassen. Deshalb machen wir uns dafür stark, den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg von Einwanderinnen und Einwanderern zu fördern und ihnen Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

## Zusammenhalt durch Bildung

Um dieses Ziel zu erreichen, ist Bildung die wichtigste Stellschraube. Sie ist der Schlüssel zu einer gelingenden Integration, wie ihr im Interview mit Professor Frank Kalter und im Beitrag von Cem Özdemir nachlesen könnt. Ein weiterer Baustein zur Chancengerechtigkeit sind Kenntnisse der Sprache des jeweiligen Landes. In Baden-Württemberg haben wir uns schon an die Umsetzung dieser Erkenntnis gemacht und das SPATZ-Programm für eine frühe Sprachförderung eingeführt. Es ermöglicht Förderung ab dem ersten Kindergartenjahr und schafft so bessere Grundlagen.

Im Zusammenhang mit der Neugründung des Ministeriums haben wir auch dafür gesorgt, dass im Haushalt mehr Mittel für die Integration eingestellt werden. Insgesamt steht für diese Aufgabe jetzt eine halbe Million Euro mehr zur Verfügung als noch unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

## Unterschiedliche Bedürfnisse

Nach ersten sinnvollen und dringend nötigen Maßnahmen gibt es gerade im Bereich der Bildung noch viel zu tun. Vor allem für Erwachsene muss es ein breiteres Angebot an Integrations- und Orientierungskursen geben. Um Migrantinnen und Migranten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, wollen wir auch die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vorantreiben. Denn Einwande-

rerinnen und Einwanderer der ersten Generation – die also noch im Herkunftsland geboren sind – haben mit anderen Problemen zu kämpfen als ihre Kinder. Besonders deutlich wird das im Gespräch zwischen den einzelnen Generationen, wie Ihr auf Seite 5 bei der Unterhaltung der Grünen Landtagsabgeordneten Muhterem Aras mit ihrer Tochter Helin nachvollziehen könnt.

Es gilt, den Gegebenheiten und den Ansprüchen der Menschen in Baden-Württemberg mit einer ganzheitlichen Integrationspolitik gerecht zu werden. Nur so ist es möglich, Versäumnisse der schwarz-geführten Vorgängerregierungen gesellschaftspolitisch aufzufangen. Wir Grüne wollen ein Baden-Württemberg, in dem keine/r zurückgelassen wird und alle hier lebenden Menschen Teil einer inklusiven Gesellschaft sind.



# „Misslungene Integration – ein Problem der sozialen Herkunft“

Zur Rolle der Politik bei der Integration gibt es viele Meinungen. Soziologieprofessor Frank Kalter beleuchtet das Thema im Gespräch von wissenschaftlicher Seite und zeigt das größte Hindernis auf: fehlende Bildung.

Baden-Württemberg hat beim Wiederaufbau des Industriestandortes stark vom Zuzug durch GastarbeiterInnen profitiert. Was hat sich seitdem in Sachen Migration in unserem Bundesland verändert?

Die früheren, klassischen Anwerbeländer, insbesondere die Türkei, machen zwar immer noch einen erheblichen Anteil aus, aber das Migrationsbild ist in den letzten Jahren wesentlich bunter geworden. Bei der aktuellen Zuwanderung nach Baden-Württemberg liegen beispielsweise Polen und Rumänien unter den Herkunftslän-

dern an der Spitze. Auch die Motive sind heutzutage sehr vielfältig: Arbeit, Bildung und Ausbildung, Familienzusammenführung und Heirat, politische Gründe.

**Was bedeutet Integration aus wissenschaftlicher Perspektive?**

Der Begriff wird in Öffentlichkeit und Wissenschaft oft sehr unterschiedlich verwendet und stiftet viel Verwirrung. Fest steht: Es macht keinen Sinn von „der“ Integration zu sprechen. Sie kann sehr unterschiedliche Aspekte betreffen: kognitive, wie Sprachkenntnisse oder kulturelle Kompetenzen; strukturelle, wie Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarktpositionen; soziale, wie Mitgliedschaften und Beziehungen; emotionale, wie Werte und Identifikationen. Integration kann auf die Aufnahmegesellschaft gerichtet sein, also eher Assimilation bedeuten, was häufig verkürzt mit Integration gleich gesetzt wird. Sie kann aber auch auf die Herkunftsgruppe gerichtet sein, also Segregation bedeuten, oder auf beides, was man als „multiple Integration“ bezeichnen könnte.

**Gibt es grundsätzliche Unterschiede zwischen MigrantInnen, denen die Integration gelingt und denjenigen, denen sie nicht gelingt?**

Ja, es gibt hier klare Einflussfaktoren. Bildung ist der Schlüssel – gelingt sie, dann gelingt auch die Integration in anderen Bereichen. Die Bildungschancen sind ganz entscheidend vom Generationenstatus oder vom Einreisalter, den Sprachkenntnissen der Eltern, vor allem aber von deren sozioökonomischen Hintergrund abhängig. Wir haben es, wenn wir über misslungene Integration sprechen, eigentlich weniger mit einem migrations-spezifischen oder ethnischen Problem zu tun, sondern mehr mit einem Problem der sozialen Herkunft.

**Gibt es Unterschiede zwischen EinwanderInnen erster, zweiter und dritter Generation?**

Ja, und zwar erhebliche. Einer der stabilsten Befunde der Integrationsforschung ist, dass sich in der Generationenfolge ein klarer Trend zur Assimilation abspielt. Das gilt tendenziell für alle Bereiche der Integration, in allen Einwanderungsländern und für alle Gruppen.

**Was kann die Politik dazu beitragen, dass MigrantInnen die gleichen Chancen haben wie Einheimische?**

Gutgemeinter, kostspieliger Interventionsaktivismus löst das Problem jedenfalls nicht. Andererseits sind grobe Unverantwortlichkeiten wie das Betreuungsgeld eine nahezu geniale Idee, um gleiche Chancen nachhaltig zu verhindern. Wir müssen akzeptieren, dass wir es mit sehr hartnäckigen Prozessen zu tun haben. Sie sind tief in Bereichen verankert, die sich kurzfristigen Interventionen entziehen, insbesondere in der frühkindlichen Entwicklung. Hier ist eine weise Bildungspolitik mehr gefragt als eine spezifische Integrationspolitik. Das heißt natürlich nicht, dass es an den verbleibenden migrations-spezifischen Nachteilen nichts mehr zu tun gäbe. Wichtig wäre es hierbei aber, die Effektivität von Maßnahmen zu prüfen und nicht davon auszugehen, dass allein guter Wille und viel Geld eine Wirksamkeit sicherstellen.



Frank Kalter, 48, ist Professor für Soziologie an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration und Integration von ethnischen Minderheiten.

## KURZ & GRÜN

### Antiziganismus in Europa Gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma Erfahrungen und Perspektiven

13. Dezember 2012, 18:00–20:30 Uhr  
Landtag von Baden-Württemberg  
Lobby 1. Obergeschoss  
Anmeldung unter [info@boell-bw.de](mailto:info@boell-bw.de).

Sinti und Roma bilden die größte ethnische Minderheit in Europa. In vielen Ländern werden sie marginalisiert. Trotz verschiedener Initiativen auf Ebene der EU und vieler Nationalstaaten hat sich an ihrer prekären Situation bislang wenig geändert. Auch in Deutschland erleben Angehörige dieser Minderheit unterschiedliche Formen der Diskriminierung. Anlässlich der Ausstellung „Typisch »Zigeuner«? – Mythos und Wirklichkeiten“ im Landtag von Baden-Württemberg möchten die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg und der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg zu einer Diskussion über politische Strategien gegen die verschiedenen Formen der Diskriminierung von Sinti und Roma einladen.

#### Grußwort:

**Brigitte Lösch**, Vizepräsidentin des Landtags von Baden Württemberg

#### Es diskutieren:

**Eva van de Rakt**,

Leiterin des Prager Büros  
der Heinrich Böll Stiftung

**Markus End** (TU Berlin),

Autor der Studie Antiziganismus –  
Zum Stand der Forschung und  
der Gegenstrategien

**Daniel Strauß**,

Vorsitzender des Verbands  
Deutscher Sinti und Roma –  
Landesverband Baden-Württemberg

#### Moderation:

**Dr. Andreas Baumer**,

Heinrich Böll Stiftung  
Baden-Württemberg



#### Muhterem Aras:

## „Migration ist für mich ein wichtiges Thema.“

#### Helin Aras:

## „Für mich nicht.“

**Muhterem Aras lebt seit ihrem zwölften Lebensjahr in Deutschland, ihre 15-jährige Tochter Helin wurde hier geboren. Im Stuttgarter Westen führt die Familie Aras das Leben einer normalen mittelständischen Familie. Die Grüne Blätter-Redaktion wollte wissen: Ist Migration für euch noch ein Thema? Wir haben den beiden bei ihrem Gespräch zugehört.**

**Muhterem:** Migration ist für mich ein wichtiges Thema. Zum einen, weil ich als Politikerin damit täglich konfrontiert werde und zum anderen, weil es mich aufgrund meiner Vergangenheit beschäftigt.

**Helin:** Für mich spielt Migration eigentlich keine Rolle. Als Thema finde ich es interessant, aber nicht aus persönlicher Betroffenheit.

**Muhterem:** Es ist schön, dass es für dich kein Problem ist und du gar nicht auf den Gedanken kommst, nicht hierher zu gehören. Leider gibt es aber im Alltag genügend Situationen, in denen man Kindern und Jugendlichen das Gefühl gibt, dass sie nicht „richtig“ dazugehören. Das verletzt sehr. Solches Unverständnis ist fatal, denn mit so einer Aussage weist man Kindern die Tür und sagt: Du gehörst nicht dazu.

**Helin:** So was tut weh und kränkt, aber es ist oft nicht böse gemeint.

**Muhterem:** Migration und Integration sind hochemotionale Themen. Für die einen geht es um die Suche nach einer neuen Heimat, für die anderen um den Schutz ihrer alten Heimat. Es gibt sicher Beispiele von Migrantinnen und Migranten oder ihren Kindern, bei denen der Wille zur Integration fehlt. Es ist aber auch nachgewiesen, dass es die Gesellschaft ihnen nicht leicht macht. Oft haben sie wegen ihres ausländischen Nachnamens Probleme, einen Job oder eine Wohnung zu finden.

**Helin:** Das kann sein. Ich und meine Freunde wurden damit bisher noch nicht konfrontiert.

**Muhterem:** Ich schon. Für mich war und ist es völlig selbstverständlich, dass ich hierher gehöre. Stuttgart und die Region sind seit 34 Jahren mein Zuhause und meine Heimat. Doch ich kann sicher sein, ich werde immer wieder jemandem begegnen, der erstaunt ist, dass ich so gut Deutsch spreche. Das ärgert mich und gleichzeitig frage ich mich, ob ich zu sensibel bin.

**Helin:** Diesen Kommentar finde ich furchtbar. Ich würde mich deswegen aber nicht ärgern. Für mich ist klar, ich bin Deutsche.

**Muhterem:** Als kleines Mädchen hat dich das Thema schon beschäftigt. Im Kindergarten hat ein Kind mehrmals zu dir gesagt, du seist in der Türkei geboren. Es wollte dich damit beleidigen, was ihm auch gelungen ist. Oder wenn ich dich in den Kindergarten gebracht habe und wir uns dem Gebäude näherten, hast du immer gesagt, Mama, jetzt sprechen wir nicht mehr Türkisch. Es war dir richtig peinlich. Du wolltest wie die anderen reden, Deutsch und nicht Türkisch.

**Helin:** Daran kann ich mich gar nicht erinnern.

**Muhterem:** Dort waren fast nur deutsche Kinder. Ich bin mir sicher, diese Angst, die ich auch verstehen kann, wäre nicht da gewesen, wenn wir Englisch gesprochen hätten. Dieses Verhalten entsteht, weil die Gesellschaft ein bestimmtes Bild von einer Gruppe hat. Bei türkischen Menschen denkt man an rückständige Gastarbeiterfamilien und bei Amerikanern an Wohlstand, Freiheit und Fortschritt. Negativen Vorstellungen möchte man nicht entsprechen.



**Muhterem Aras**, 1966 in einem Dorf in Anatolien/Türkei geboren, lebt mit ihrem Mann und zwei Kindern im Stuttgarter Westen. 2011 zog sie mit 42,5 Prozent für die Grünen in den Landtag ein und ist dort die finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Neben der Politik führt die Wirtschaftswissenschaftlerin eine eigene Steuerberaterkanzlei im Stuttgarter Zentrum.

**Helin Aras** ist 15 Jahre alt, wurde in Filderstadt geboren und lebt heute mit ihren Eltern und ihrem 11-jährigen Bruder Deniz im Stuttgarter Westen. Sie ist Schülerin des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums. In ihrer Freizeit spielt sie Klavier oder trifft sich mit Freunden in der Stadt.

**Helin:** Trotzdem glaube ich, dass meine Generation integrierter ist als deine. Das sehe ich auch an meinem Freundeskreis. Für uns ist Migration kein Thema, deswegen reden wir nicht darüber. Deutschland ist meine Heimat und ich erlebe selten, dass das jemand anders sieht.

**Muhterem:** Ich glaube nicht, dass ich weniger integriert bin.

**Helin:** Du bist aber eine Ausnahme. Politikerin und Steuerberaterin mit eigener Kanzlei, das ist nicht die Regel. Ich glaube, viele Migrantinnen und Migranten in deiner Generation sehen das auch so.

**Muhterem:** Deine Generation fühlt sich vielleicht genau deswegen integrierter, weil es kein Thema für sie ist. Die Gesellschaft ist insgesamt bunter geworden, in Stuttgart leben Menschen aus über 90

Ethnien. Internationale Kontakte sind aus der Geschäftswelt nicht mehr wegzudenken und für Kinder und Jugendliche ist durch Schüleraustausch-Programme die Verständigung zu Menschen mit anderen Wurzeln selbstverständlich geworden. Das war zu meiner Zeit nicht so.

**Helin:** Ja, es ist für mich normal, in einer bunten Gesellschaft zu leben. Ich kenne es auch nicht anders. Wenn ich aber die Diskussion verfolge, macht es mich traurig, dass es offenbar in Deutschland noch viele Menschen gibt, für die es nach so vielen Jahren Migration nach wie vor nicht normal ist, wenn jemand mit offensichtlichem Migrationshintergrund perfekt Deutsch spricht.

**Muhterem:** Vielleicht ist das auch ein Grund, weswegen man oft den Eindruck hat, hier fehlt eine Willkommenskultur. Dass in der Diskussion stets nur die Pro-

bleme thematisiert werden, macht eine bessere Integration nicht leichter.

**Helin:** Probleme gibt es aber. Es gibt Kinder, die hier geboren wurden und nach vielen Jahren immer noch kein Deutsch können. Wenn man dazugehören möchte, muss man es auch wollen.

**Muhterem:** Das ist richtig. Integration kann nur funktionieren, wenn alle mitmachen. Wenn wir das nicht schaffen, bleibt die Gesellschaft gespalten und wird ihr Potenzial nie ausschöpfen können. Mir ist besonders wichtig, dass sich Migrantinnen und Migranten mit diesem Land identifizieren können und es als Heimat sehen und dass die Mehrheitsgesellschaft sie darin unterstützt. Dann übernimmt der Einzelne auch Verantwortung und setzt sich für Veränderungen in der Gesellschaft ein. Die Betonung auf das Anderssein ist ein Bremsklotz für die Integration.

# Parallelgesellschaften als Problem

**Das Reden von Parallelgesellschaft hat sich als Warnung vor sich abschottenden Einwanderergruppen etabliert. Doch der Begriff stellt nicht die Realität der Migration in Deutschland dar, sondern verzerrt sie. Anstatt zur Lösung der von ihm angesprochenen Probleme beizutragen, setzt er so ein europäisches Selbstverständnis aufs Spiel.**

Der Begriff Parallelgesellschaften wurde Anfang der 1990er Jahre durch den Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer geprägt. Mit ihm charakterisierte Heitmeyer die Gefahr der Abschottung und Hinwendung zu religiös-fundamentalistischem Denken von Jugendlichen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund als Folge von Diskriminierung und Ausgrenzung. Erst zehn Jahre später wird der Begriff von Medien und Politik wieder aufgegriffen. Als vermeintliche Feststellung gesellschaftlicher Tatsachen dient er seitdem als Kampfbegriff gegen multikulturelle Gesellschaftsauffassungen und eine liberale Einwanderungspolitik.

## Irreführender Begriff

Dabei entspricht es nicht der bundesdeutschen Wirklichkeit, dass in bestimmten Einwanderermilieus sozial abgeschlossene und rechtsfreie Räume existieren, in denen „deutsche“ Werte und Kultur nicht akzeptiert würden. Schon der Begriff selbst führt in die Irre. Denn um von einer parallelen Gesellschaft sprechen zu können, müsste es innerhalb der Mehrheitsgesellschaft alternative ökonomische, politische und soziale Systeme geben: Es müsste eine Doppelung von Institutionen des Staates – also von Judikative, Legislative und Exekutive – vorhanden sein und ein bewusster, selbständiger Rückzug in eigene Siedlungen sowie ein unabhängiger Lebensalltag von Migranten beobachtbar sein. Migrantengruppen sind in Deutschland aber einerseits zu heterogen, hinsichtlich Bildungs- und Sozialstatus, Religion oder Aufenthaltstitel, um solche homogenen Enklaven zu bilden. Zum anderen sind sie beispielsweise über Schule, Arbeit oder Steuersystem mit der Mehrheitsgesellschaft verwoben. Auch die Behauptung

ethnisch segregierter Wohnviertel ist empirisch nicht haltbar, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008 in einer Untersuchung für Deutschland feststellte. Dem gegenüber zeigen Arbeitslosigkeit, ökonomische Ungleichheit und Bildungsprobleme als Folge von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen handelt.

## Gesellschaften sind vielfältig

Das eigentliche Problem ist aber ein anderes: Wer von Parallelgesellschaften spricht, nimmt sich die Möglichkeit anzuerkennen, dass innerhalb einer Gesellschaft verschiedene, auch widerstreitende Wertehorizonte existieren. Dieses Selbstverständnis, dass an einem Ort vielfältige Lebensweisen und Wertvorstellungen gemeinsam existieren, ist zudem ein zutiefst europäisches. Es ist die Idee von der Vielfalt in der Einheit. Auch nicht-christliche Überzeugungen sind damit ein Teil der deutschen Gesellschaft, weil in Deutschland Menschen leben, für die sie von Bedeutung sind. Diese Überzeugungen sind legitim, solange sie nicht gegen Gesetze verstoßen. Die eigentliche Frage sollte also sein, wie man es ermöglicht, dass jeder, egal welchen Hintergrund er oder sie besitzt, an dieser Gesellschaft partizipieren kann. Unterschiede wird es immer geben, wichtig ist nur, dass es die Möglichkeit gibt, sich über diese auszutauschen und zu diskutieren. Dazu bedarf es einer Politik, die mit Differenz klug umzugehen weiß.



Matthias Klückmann, 28, promoviert am Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen zum Thema soziokulturelle Vielfalt in Stuttgart und Glasgow.

# Integration durch gute Bildungsorte

**Wir erinnern uns: 2008 fand in Dresden der von der damaligen Bundesregierung öffentlichkeitswirksam inszenierte Bildungsgipfel statt. Alles sollte besser werden. Drei Jahre danach zog eine im Auftrag des DGB erstellte Untersuchung eine ernüchternde Bilanz: Bei wesentlichen Vereinbarungen des Gipfels „läuft die Umsetzung entweder schleppend oder nur mit kaum wahrnehmbaren Fortschritten.“**

Der Anteil der Risikoschüler liegt zehn Jahre nach dem Pisa-Schock 2001 immer noch bei rund 20 Prozent – jedes fünfte Kind verlässt die Schule ohne Ausbildungsreife. Während es 71 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien an eine Hochschule schaffen, sind es nur 24 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien. Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die verdeutlichen: Deutschland fehlt es massiv an Bildungsgerechtigkeit, auch im internationalen Vergleich. Und gerade Kinder nicht-deutscher Muttersprache sind davon besonders betroffen.

Wo hakt es? Unstrittig ist, dass es bei der Erziehung auch auf die Eltern ankommt. Allerdings haben nicht alle Migrantenfamilien die Möglichkeiten, ihre Kinder entsprechend zu fördern. Auch im Wohnzimmer meiner Eltern fehlte die Bücherwand mit dem Brockhaus – ich hatte jedoch später Freunde, deren Eltern auch einen Blick in meine Schulhefte geworfen haben oder mich an Weihnachten nach Hause einladen. Nicht jedes Kind hat dieses Glück.

## Zugang zur Mitte der Gesellschaft ermöglichen

Wenn wir über Teilhabe sprechen, dann braucht es – wie auch vom Bundesverfassungsgericht angemahnt – ein menschenwürdiges Existenzminimum als Grundvoraussetzung. Doch hier hört eine Sozialpolitik, die Teilhabe und Chancengerechtigkeit schaffen will, nicht auf. Denn die Möglichkeiten benachteiligter Kinder und Familien hängen entscheidend davon ab, ob sie auch Zugang zu guten öffentlichen Einrichtungen haben. Im Bereich der Bildung sind das Kitas, Ganztagschu-

len, Hochschulen und Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung. Es geht dabei aber nicht nur um einen Ausbau, wir müssen auch viel mehr Wert legen auf die Qualität dieser Orte. Wir müssen sie so ausstatten, dass sie benachteiligte Kinder mit und ohne Migrationshintergrund tatsächlich dabei unterstützen können, den Zugang zur sozio-ökonomischen Mitte unserer Gesellschaft zu finden.

## Mittel vernünftig einsetzen

Genau deshalb ist das Betreuungsgeld der dramatisch falsche Weg – wie auch schon zuvor das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket. Gerade weil wir angesichts der Haushaltslage Prioritäten setzen müssen und unseren Anspruch auf eine gerechte Gesellschaft deshalb nicht aufgeben, müssen die Mittel direkt in die Verbesserung unserer öffentlichen Einrichtungen fließen. Dort findet Integration tatsächlich statt – und dort müssen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Nur so schaffen wir auch Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen.



Cem Özdemir, 46, verheiratet, zwei Kinder, ist Bundesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen. Er wuchs im schwäbischen Bad Urach als Kind türkischer

Zuwanderer auf. In seinem Buch „Currywurst und Döner – Integration in Deutschland“ und seiner Autobiographie „Ich bin ein Inländer“ spiegeln sich seine multikulturellen Erfahrungen in Deutschland wider.

**FSC**  
DER FSC®-ZERTIFIZIERUNGSFONDS

FSC®-Zertifikate sind DIE Gütesiegel für eine vorbildliche Waldwirtschaft. Ab sofort wird es für Forstbetriebe mit einer Fläche von weniger als 1.000 ha noch preiswerter ein FSC®-Zertifikat zu bekommen.

**Warum?**  
Aus dem Zertifizierungsfonds werden 50% der Kosten übernommen.

Bewerben Sie sich und sichern Sie sich die Förderung für Ihr FSC®-Zertifikat. Weitere Infos unter: [www.fsc-deutschland.de/melittaprojekt](http://www.fsc-deutschland.de/melittaprojekt)

FSC-SECR-0012

Mit freundlicher Unterstützung von Melitta

# Der Integrationsarbeit eine Stimme geben



**2,8 Millionen Baden-WürttembergerInnen haben ausländische Wurzeln, das sind 26 Prozent der Bevölkerung. Damit belegt Baden-Württemberg in Deutschland einen Spitzenplatz. Viele der Migrantinnen und Migranten leben bereits in der vierten Generation in Deutschland – Baden-Württemberg ist längst Heimat für Menschen aus 170 Nationen geworden.**

Offensichtlich funktioniert das Zusammenleben von Neuankömmlingen und Alteingesessenen, weder liest man von Ghettoisierung in den Städten noch von großen Konflikten. Alles in Butter? Weit gefehlt: Noch immer bleiben Kinder mit Zuwanderungsgeschichte in der Schule auf der Strecke und qualifizierte Fachkräfte verdienen ihr Brot mit Taxifahren statt in ihrem eigentlichen Beruf.

## Integration ist eine Querschnittsaufgabe

„In den vergangenen Jahrzehnten wurde gerade in der Integrationspolitik viel versäumt“, sagt Daniel Lede Abal, integrationspolitischer Sprecher der Fraktion Grüne im Landtag. „Es war immer ein Randthema, das Schwarz-Gelb nicht interessierte. Dabei ist die Integrationsarbeit eine Querschnittsaufgabe, die viele politische Felder, wie die Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Wirtschaftspolitik betrifft. Mit einer zentralen, sichtbaren Einrichtung wie dem Integrationsministerium hat Grün-Rot der Integrationsarbeit nicht nur eine Stimme gegeben, sondern auch einen Ansprechpartner für Migrantinnen und Migranten geschaffen.“

Die Aufgaben des ersten Integrationsministeriums in Deutschland liegen auf der Hand: Die Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ist zu verbessern. Rechtsextremismus und Diskriminierung muss der Boden entzogen werden, die Flüchtlingspolitik humaner und die Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit unterstützt werden. Denn Integration ge-

schieht vor Ort, in der Nachbarschaft, im eigenen Stadtteil. Große Baustellen sind daher die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und Maßnahmen gegen Diskriminierung, etwa bei der Wohnungs- und Jobsuche sowie eine Öffnung des öffentlichen Dienstes auf allen Ebenen für Zuwanderer.

## Generalverdacht überwinden

Für den Integrationspolitiker der Landtagsgrünen Lede Abal sollte auch die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten eine große Rolle spielen. „Diese Menschen sind komplett unterrepräsentiert, obwohl gerade auf kommunaler Ebene großes Interesse besteht. Hier müssen wir die richtigen Bedingungen schaffen und die Menschen motivieren.“ Doch Gesetze werden nicht allein helfen können, wenn die Mehrheitsgesellschaft keinen Willen zu Integrationsarbeit zeigt. „Es geht in der Integration um Identität und Loyalität. Viele Migrantinnen und Migranten haben eine deutsche Identität, aber auch noch eine zweite, auf die sie stolz sind. Die Mehrheitsgesellschaft stellt sich dann schnell die Frage: Wie loyal ist jemand mit zwei Identitäten gegenüber Deutschland? Der Generalverdacht steht leider immer im Raum. Integrationsarbeit heißt also auch, diesen Generalverdacht zu überwinden. Es kann nur gemeinsam funktionieren. Jetzt bist du integriert! So einfach geht es leider nicht.“



Julia Ebling, 28, wohnt in Stuttgart und arbeitet in der Fraktionsgeschäftsstelle der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Stuttgarter Rathaus.



Heike Wagner, 29, wohnt in Stuttgart und ist stellvertretende Pressesprecherin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion Grüne im Landtag.

## IMPRESSUM:

### Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Baden-Württemberg  
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart  
Telefon 0711-99 35 90  
Telefax 0711-99 35 999  
landesverband@gruene-bw.de  
www.gruene-bw.de

### Redaktion:

Danyal Bayaz, Lorenz Bücklein, Julia Ebling, Patrick Klaißer, Florian Krebs, Petra Lehner, Christina Schindler, Heike Wagner, Dirk Werhahn

### Mitarbeit:

Julia Link

### Bilder:

Seite 1: flickr Georg Kroemer  
Seite 2+3: © Christopher Fuchs  
Seite 5: Heike Wagner  
Seite 6: © Kivilcim Pinar  
Seite 8: © Victor Brigola

### Layout&Satz:

gerhard@fontagnier.de

### Druck:

auf Umweltpapier bei Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 8.250 Exemplare)